

**Rede  
des Sprechers für Feuerwehren**

**Rüdiger Kauroff, MdL**

zu TOP Nr. 24

Abschließende Beratung

**Die gute Idee eines „Rechtsschutzfonds für  
Einsatzkräfte“ mit Leben füllen - Einsatzkräfte nicht  
im Stich lassen!**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU – Drs.  
18/2902

während der Plenarsitzung vom 11.09.2019  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Anrede,

es ist ja fast nicht zu glauben, aber leider werden immer häufiger Einsatz-, Rettungs- und Hilfskräfte bei der Ausübung ihrer Tätigkeiten Opfer von Gewalt, Pöbeleien, Beleidigungen und Übergriffen.

Meine Damen und Herren,

das ist auf keinen Fall hinnehmbar. Bedenken Sie, dass es sich hierbei um Kräfte handelt, die in Not geratenen Menschen helfen. Neben den hauptamtlich Tätigen sind das zu großen Teilen auch ehrenamtliche Helfer, die diese Aufgaben in ihrer Freizeit übernehmen.

Diese unerträglichen Straftaten müssen ohne Ausnahme zur Anzeige gebracht werden. Immer häufiger müssen daher eingesetzte Helfer über ein Einsatzgeschehen vor Gericht aussagen, solche Aussagen können sehr belastend sein.

Wichtig ist dabei, dass diese Menschen, die anderen in ihrer Not geholfen haben, eventuell bei Vernehmungen oder bei Zeugenaussagen vor Gericht juristische Unterstützung zur Verfügung gestellt bekommen, ohne selbst dafür in die Tasche greifen zu müssen. Durch die Schaffung dieses Rechtsschutzfonds kann den Rettern und Helfer in belastenden Situationen juristische Hilfe ermöglicht werden.

Meine Damen und Herren,

vielleicht kennen Sie das ja aus eigener Erfahrung, dass Sie sehr aufgeregt sind, wenn Sie Aussagen bei der Polizei oder vor Gericht machen müssen. Und manchmal haben Sie das Gefühl, eher Angeklagter als Zeuge zu sein.

Da dürfen wir unsere ehrenamtlichen und hauptamtlichen Kräfte nicht im Regen stehen lassen. Der Staat muss dafür sorgen, dass Einsatz-, Rettungs- und Hilfskräfte auf Augenhöhe aussagen können. Damit die Täter der Übergriffe dingfest gemacht werden können.

Wir müssen dafür sorgen, dass für die gesamte Dauer und auch in allen Fällen Rechtsschutz zur Verfügung steht. Das ist auch unabhängig davon zu gewähren, ob der Zeuge seine Rechte und Pflichten allein wahrnehmen kann oder nicht.

Auf Anregung vom Präsidenten des deutschen Feuerwehrverbandes Hartmut Ziebs, der auf dieses Thema hingewiesen hat, wurden im Bundeshaushalt für das Jahr 2019 finanzielle Mittel eingestellt.

Nun soll das BMI im Auftrag des Bundestages in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz ein Konzept zur Verwendung des Geldes entwickeln.

Die niedersächsischen Hilfsorganisationen haben ihre Bereitschaft erklärt, an einer praxisgerechten Ausarbeitung und Formulierung mitarbeiten zu wollen. Damit der Rechtsschutzfonds erfolgreich umgesetzt werden kann, wird die Landesregierung gebeten:

Erstens: Sich beim Bundesinnenministerium für schlanke Verfahren einzusetzen.

Zweitens: Mit den niedersächsischen Hilfsorganisationen eigene Vorschläge für eine unbürokratische Handhabung zu erarbeiten.

Drittens: Zu prüfen, ob die Erstberatung und Antragstellung von den Hilfsorganisationen selbst übernommen werden können.

Viertens: Den neuen Rechtsschutzfonds mit der Unterstützung des Landespräventionsrates bei den Helfern bekannt zu machen.

Fünftens: Zu prüfen, inwieweit die Bundesländer an dem Fonds beteiligt werden sollten.

Sechstens: Zu prüfen, ob unterschiedliche Regelungen für hauptamtliche und ehrenamtliche Helfer nötig sind.

Wenn es gelingt, durch diesen rechtlichen Beistand dafür zu sorgen, dass mehr Täter, die gewalttätig, beleidigend oder wie auch immer Einsatz- und Hilfskräfte attackiert haben, durch Zeugenaussagen rechtskräftig verurteilt werden, dient das sicherlich auch der Abschreckung für Andere.

Meine Damen und Herren,

nochmal ganz deutlich: Gewalt gegen helfende Hände, das dürfen wir auf gar keinen Fall zulassen bzw. hinnehmen.

Ich bin dankbar dafür, dass im Innenausschuss alle Fraktionen des Hauses der Einführung dieses Rechtsschutzfonds zugestimmt haben. Das ist das richtige Signal für alle Einsatz-, Rettungs- und Hilfskräfte in Niedersachsen – sie arbeiten für uns – und wir werden sie nicht allein lassen, das sind wir diesen Helfern schuldig.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.